

## Liebe Freunde der Freien Wähler, sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur der Fußball, auch die Regionalversammlung hat ihre Winterpause beendet. Angesichts der Meldungen, dass die Region Stuttgart an der Spitze der Staumeldungen in der Bundesrepublik steht, ist es kein Wunder, dass gegenwärtig vor allem Themen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Die nicht unumstrittenen Expressbusse sollen zu einer Entlastung des an der Grenze arbeitenden S-Bahn-Systems beitragen. Immer häufiger auftretende Verspätungen sind zu einer unzumutbaren Belastung für die Fahrgäste geworden.

Mit dem Projekt „Nachhaltige Mobilität“ werden neue Wege beschritten und gleichzeitig Hand in Hand mit der Wirtschaft die Weichen für eine langfristige Neuorientierung des Produktionsschwerpunkts „Kfz“ gestellt.

Für die Fraktion Freie Wähler sind die stärker werdenden Engpässe am Wohnungsmarkt als Folge der Zuwanderung mehr als nur ein Signal, das zu einer Anpassung der Baulandpolitik der Region auffordert.

Wir sind stets dankbar für Hinweise zu Themen, die die Zusammenarbeit zwischen Region, Landkreisen und Kommunen berühren. Wie schon in der Vergangenheit werden wir diese Erfahrungen der Praxis in unsere Arbeit und in die Gremien einfließen lassen.

Besuchen Sie bitte auch regelmäßig unsere Homepage [www.freiewaehler.de](http://www.freiewaehler.de). Sie werden dort ständig über aktuelle

Fragestellungen und Anträge der Fraktion informiert.

Mit einem Dankeschön für Ihr Engagement vor Ort grüßt Sie

### *Ihre Regionalfraktion*

*Andreas Hesky, Peter Aichinger, Thomas Bernlöhr, Frank Buß, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Bernhard Maier, Gerd Maisch, Reiner Ruf, Thomas Sprißler, Werner Stöckle, Wilfried Wallbrecht, Johannes Züfle*

## **Restriktive Baulandpolitik im Verband Region Stuttgart schwächt Kommunen**

*Gemeindeverwaltungsverband Voralb übt Kritik – Regionalräte der Freien Wähler fordern differenziertere Prüfung*

**Der seit 2009 verbindliche Regionalplan des Verbands Region Stuttgart legt den Städten und Gemeinden bei der Baulandausweisung enge Fesseln an. Um den Flächenverbrauch einzuschränken, dürfen Kommunen außerhalb der Siedlungsschwerpunkte in einem Zeitraum von fünf Jahren lediglich 1 % Flächenwachstum vorsehen. Darauf werden sogar noch mit einer Quote von 30 % die im Gemeindegebiet vorhandenen Baulücken angerechnet.**

Dabei bleibt außer Acht, dass diese oft in Privathand liegenden Flächen weit überwiegend nicht aktivierbar sind. Bei dieser Berechnungsmethode, die im Ergebnis Stillstand verordnet, bleibt es vor allem Gemeinden außerhalb des

Ballungsraums verwehrt, der demografischen Entwicklung mit sinkenden Bevölkerungszahlen und zunehmender Alterung zu begegnen.

Nach Auffassung vieler Städte und Gemeinden basiert der Regionalplan auf veralteten Prognosen. Diese berücksichtigen zu wenig den starken Zuwanderungsdruck und die daraus resultierende Wohnknappheit, vor allem für Familien mit normalem Einkommen. Letztlich sagt die Lebenserfahrung, dass wer bauen will, diesen Wunsch auch realisiert. Kann er dies wegen mangelnden Angebots nicht an seinem Wunschort, weicht er aus. Dies führt z.B. dazu, dass in anderen Regionen (u.a. Neckar-Alb, Heilbronn-Franken), die weniger Restriktionen vorgeben, pro neu geschaffener Wohneinheit deutlich mehr Fläche verbraucht wird. Das richtige Ziel, Wohnraum landschaftsschonend zu schaffen, wird ins Gegenteil verkehrt.

Die Region Stuttgart wird aktuellen Erkenntnissen zufolge Wachstumsregion bleiben. Dies eröffnet auch kleineren Kommunen die Chance, ihre Einwohnerzahlen zumindest stabil zu halten, um eine ausreichende Basis für ihre öffentliche und private Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Einkaufen, Vereinsleben) zu sichern.

**Anhand des nachstehend beschriebenen Vorgangs wollen wir aufzeigen, dass die Regionalplanung noch nicht flexibel genug auf die Engpässe am Wohnungsmarkt reagiert**

Die Gemeinden im Gemeindeverwaltungsverband Voralb – Aichelberg, Bad Boll, Dürnau, Gammelshausen, Hattenhofen und Zell u. A. – haben sich

aktuell kritisch gegenüber dem Verband Region Stuttgart über die eingeschränkten Planungsmöglichkeiten zur Ausweitung von Bauland geäußert. Prompt haben sie eine Abfuhr von „langjährigen Regionalräten“ aus CDU, SPD und Grünen im Landkreis erfahren. Derart reflexartige Reaktionen lehnen die Regionalräte Reiner Ruf und Werner Stöckle, welche den Kreis Göppingen und ihre Gemeinden im Regionalverband Stuttgart für die Freien Wähler vertreten, ab.

Vielmehr erklären diese ihre Bereitschaft, die gegensätzlichen Auffassungen mit den Gemeinden im Raum Bad Boll umfassend zu erörtern. Eine differenzierte Betrachtung sei notwendig, denn diese sechs Gemeinden hätten sehr unterschiedliche Entwicklungspotenziale, welche verstärkt herausgearbeitet werden müssten. Ein der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes dienendes konstruktives Vorgespräch sei dringend erforderlich.

Die Regionalfraktion der Freien Wähler sieht eine Verbesserung des Wohnungsangebotes in der Region Stuttgart an geeigneten Standorten als vordringlich an. Sie hat dieses Anliegen anlässlich der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2015 auch zum Antrag erhoben. Die Regionalverwaltung darf sich angesichts veränderter Rahmenbedingungen einem konstruktiven Dialog nicht entziehen. Die Freien Wähler stehen selbstverständlich zur Innenentwicklung vor der Inanspruchnahme neuer Flächen. Zu diesem Thema gibt es neue Perspektiven, weil die ältere Generation verstärkt neue betreute Wohnformen bevorzugt. Dafür müssen allerdings geeignete Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Freien Wähler haben zum Thema „Mangel an verfügbaren Wohnbauflächen“ den Finger in die Wunde gelegt. Der zuständige Planungsausschuss hat die Regionalverwaltung mit der Prüfung folgender Fragen beauftragt:

1. Wie kann seitens der Region die Verfügbarkeit von Wohnbauflächen beschleunigt werden?
2. Kann in Teilbereichen der Region ein Austausch von Flächenkontingenten zwischen den Gemeinden erfolgen?
3. Wie kann es bei der Berechnung von Eigenentwicklung der Gemeinden zu einem realistischen Ansatz der Anrechnung von Baulücken kommen?

Mit diesen und anderen Fragestellungen unterstützen die Regionalräte Reiner Ruf und Werner Stöckle die Gemeinden im Raum Bad Boll und hoffen, dass eine solche Einzelfallbetrachtung im Zusammenwirken mit der Regionalverwaltung zu guten und vertretbaren Ergebnissen führt.

## **Pedelec-Stationen intelligent vernetzen**

*Mobilitätsketten ohne Bruchstelle – Freie Wähler für Koordination und Betrieb der Pedelec-Stationen durch den Verband Region Stuttgart*

**Das vom Verband Region Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg initiierte Programm „Nachhaltige Mobilität“ kommt gut voran. Teil des Erfolgskonzepts sind Pedelec-Stationen an Bahnhaltedpunkten, um im Berufs- und Freizeitverkehr eine umweltfreundliche Anschlussmobilität zu gewährleisten. 15 Stationen, gefördert von der Region aus Mitteln des Programms „Modellregion für nachhaltige Mobilität“, sind mittlerweile in Betrieb oder im Bau.**

Bei der europaweiten Ausschreibung des Betriebs dieser Stationen hatte die Firma „nextbike GmbH“ aus Leipzig die Nase vorn. Aufbauend auf dem mit nextbike geschlossenen Rahmenvertrag muss jede Kommune noch bilateral einen eigenen Vertrag abschließen. Da die Stationen in der Aufbauphase schrittweise entstehen, war dies organisatorisch nicht anders möglich. Daraus resultierte der Nachteil, dass zunächst keine ausreichende Verknüpfung gegeben war.



E-Bike-Station Bietigheim-Bissingen

Zentrales Element eines kundenorientierten Verleihsystems ist die Möglichkeit der „Einwegausleihe“, d.h. man kann E-Bikes oder Pedelecs an einer Station ausleihen und an einer anderen zurückgeben. Sonst entsteht ein Bruch in der Mobilitätskette. Mit ihrem Antrag vom 6. Februar will die Regionalfraktion Freie Wähler erreichen, dass bei der anstehenden Neuausschreibung eine gemeinsame Vergabe des Betriebs mit einheitlicher Vertragsdauer für alle Stationen realisiert wird. Sie sieht darin als Teil eines regionalen Mobilitätsmanagements eine zukunftsfähige und kostengünstige Lösung, die sich an den Benutzerinteressen orientiert.

Ziel des Antrags ist es, dass der Verband Region Stuttgart in Abstimmung mit der Landeshauptstadt die Ausschreibung des regionalen Fahrrad-Verleihsystems vornimmt. Ebenso wird beantragt, dass der Verband den Betrieb aller Stationen übernimmt. Da die kommunale Trägerschaft beibehalten wird und eine Umlagefinanzierung zu Verzerrungen führen würde, muss der Betrieb als Dienstleistung gegen Kostenersatz erfolgen.

„Wenn der Begriff „regionales Mobilitätsmanagement“ keine Worthülse bleiben soll, muss durch Kooperation sichergestellt werden, dass keine Bruchstellen und Insellösungen entstehen“, plädiert Fraktionsvorsitzender Andreas Hesky für ein Miteinander von Kommunen und Region. Die Verknüpfung der Pedelec/E-Bike-Stationen könnte auch für andere Verkehrsleitsysteme modellhaft wirken.

## **Und sie bewegt sich doch - Regionalverwaltung zeigt sich bei der Grundversorgung flexibler**

**Häufig Grund zu langwierigen Auseinandersetzungen mit der Regionalverwaltung - die Sicherstellung der Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Jahrelang hat die Fraktion Freie Wähler für eine bedarfsorientierte Ausweisung geeigneter Standorte auch in kleineren Gemeinden gekämpft.**

Märkte über der 800 m<sup>2</sup>-Grenze (Grenze zur Großflächigkeit), die der Grundversorgung dienen, sind auch in kleineren Gemeinden zulässig, wenn sie sich in integrierter Lage befinden, das Kongruenzgebot (Kaufkraft überwiegend aus der Gemeinde) und das Wettbewerbsverbot (keine zu hohe Umsatzumverteilung) beachtet sind.

Kann man die Beachtung des Wettbewerbsverbots und des Kongruenzgebots durch Fachgutachten nachweisen, ist die Suche nach einem integrierten Standort häufig schwierig oder gar unmöglich. Der Flächenbedarf ist in Innenortslagen oft nicht unterzubringen. In der Vergangenheit hat die Regionalplanung hier sehr strenge Maßstäbe angelegt, mit der Folge, dass die Grundversorgung nicht immer gewährleistet werden konnte.

Es ist zu begrüßen, dass die Kommunen neuerdings auf etwas mehr Verständnis stoßen – eine von den Freien Wählern seit langem erhobene Forderung. Wenn durch eine kompetente Variantenuntersuchung nachgewiesen ist, dass ein vollintegrierter Standort nicht machbar ist und alle übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, kommen evtl.

auch Randlagen, die gut an die Wohnbebauung angedockt sind, in Betracht. Hier muss aber jeder Einzelfall, ggf. falls über ein Zielabweichungsverfahren, vertieft geprüft werden. Da die Regel – integrierte Standorte – beibehalten werden muss, empfiehlt es sich, frühzeitig in intensive Gespräche mit der Regionalplanung einzutreten.

## **Expressbusse - notwendiges Experiment mit ungewissem Ausgang**

**Nach dem sog. „ÖPNV-Pakt“ ist die Region künftig für Expressbuslinien zuständig, die zu einer Entlastung des an der Grenze fahrenden S-Bahn-Systems beitragen sollen.**

Auf zunächst drei Linien möchte der Verband Region Stuttgart Expressbusse ab 2016/2017 auf die Strecke schicken: Leonberg – Flughafen/Messe (über Gerlingen Schillerhöhe); Flughafen/Messe – Kirchheim/Teck und Waiblingen – Esslingen (über Kernen). Alle Linien schaffen neue, tangentielle Direktverbindungen, die die S-Bahn entlasten und zusätzliche Erschließungsfunktionen wahrnehmen. Künftig wird also der Flughafen direkt, ohne Umstieg, vom Westen des Landkreises Böblingen aus erreichbar sein. Auch zwischen dem Neckartal und der Fildebene schließen die Expressbusse eine Lücke im ÖPNV-Angebot. Die dritte Linie verbindet Waiblingen über Kernen mit der Hochschule in Esslingen. Sowohl der Rems-Murr-Kreis als auch Kernen und die Diakonie in Stetten mit ihren über 4.000 Beschäftigten beurteilen diese Linienführung positiv.

Bei der Auswahl der Linien sind bestehende Buslinien, stark frequentierte Ziele sowie die prognostizierte Nachfrage berücksichtigt worden. Das Verkehrswissenschaftliche Institut der Uni Stuttgart hat alle 11 Linien unter diesen Aspekten detailliert untersucht. Insgesamt rechnet die Region auf den drei Expressbuslinien mit gut 1500 neuen Fahrgästen täglich. Wenn man die erwarteten Fahrgeldeinnahmen abzieht, belaufen sich die Kosten für den Verband Region Stuttgart auf knapp 2 Millionen Euro. Wochentags sollen die Expressbusse von 5 Uhr bis 22 Uhr mindestens im Stundentakt sowie in der Hauptverkehrszeiten (6.30 Uhr bis 8.30 Uhr und 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr) alle 30-Minuten fahren. An den Wochenenden ist ein Stundentakt von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr vorgesehen. Die Expressbusse sollen größtmöglichen Komfort bieten, ein einheitliches Design erhalten und so zu einer eigenständigen Marke werden.

Bei der Einschätzung der Fahrgastzahlen und damit der zu erwartenden Erlöse gehen die Einschätzungen weit auseinander. Der Verkehrsexperte der Fraktion, Landrat a.D. Bernhard Maier, hält die Annahmen des Verbands für deutlich überhöht. Dementsprechend erwartet er ein erheblich höheres Defizit als die von der Verbandsverwaltung genannten 2 Mio. €. „Es ist ein Experiment mit ungewissem Umfang. Ob die angestrebte Entlastung der S-Bahn und des Straßennetzes tatsächlich eintritt, muss in den mehrjährigen Versuch erst erhärtet werden. Ein gewissen Maß an Realitätssinn ist angezeigt“, so Bernhard Maier.

V.i.S.d.P.  
Alfred Bachofer  
Paul-Gerhardt-Straße 31  
72622 Nürtingen  
07022 470 909  
alfred@bachoferonline.de